

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Menschenrechte

31



©.M.

MENSCHENRECHTE IM OSTBLOCK

Bei Menschenrechtsfragen sollte die Betrachtung — soweit es möglich ist — immer aus der Sicht der jeweils betroffenen Bürger ihren Ausgang haben.

Mehrere Reisen in die sieben Staaten des Warschauer Paktes und unzählige Gespräche mit Menschen dieser Länder sind die Grundlage nachfolgender Lokalausweise in der DDR (1983), in Polen (1984) und in der Tschechoslowakei (1985). Für die Bevölkerung der Ostblockstaaten hat sich die Situation seither nicht verbessert — eher verschlechtert. Die drei Situationsschilderungen sollen verdeutlichen, wie Ostdeutsche, Polen und Tschechoslowaken ihre Lage selbst sehen.

DDR: Schwerter zu Pflugscharen

Das Friedensabzeichen mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen“ und einem abgebildeten Symbol einer von der Sowjetunion gestifteten Statue, die vor den UNO-Gebäuden in New York steht, darf in der DDR nicht öffentlich getragen werden. Mit Stolz wird es jedoch geheim bis zum heutigen Tag vor allem von jungen DDR-Staatsbürgern Westbesuchern gezeigt und gerne als Erinnerungstück an sie auch verschenkt.

Ost-Berlin hat das Tragen dieser kirchlichen Friedensaufnäher mit der Begründung verboten, sie seien von Jugendlichen „zur Bekundung von staatsfeindlicher Gesinnung und der Beteiligung an einer illegalen politischen Bewegung mißbraucht worden.“ Junge DDR-Staatsbürger erzählten, daß allen, die nicht bereit waren, ihre Aufnäher zu entfernen, mit der Entlassung aus Hochschulen, der Versetzung von einer Polytechnischen Oberschule in die andere, der Nichtzulassung zum Abitur, der Verweigerung einer Lehrstelle bis zu einem Schulverbot gedroht wurde. „Jetzt tragen wir unsere Friedensabzeichen eben geheim“, geben sich die jungen Deutschen eher gelassen. „Was auf dieser Welt gespielt wird, wissen wir trotz allem durch das Westfernsehen (gemeint sind die westdeutschen Programme, die in der DDR gut empfangen werden können) ohnehin.“ Im Vergleich zu unseren sozialistischen Bruderländern läßt sich's bei uns ganz gut leben, relativieren jedoch die meisten jungen Ostdeutschen zweckoptimistisch ihre Lage. Man hat gelernt, mit dem System zu rechtzukommen.

Polen: „Zyje Solidarność“

„Zyje Solidarność“ — Die „Solidarność“

lebt — heißt es bis heute auf den Klebern der verbotenen Gewerkschaft. Man findet sie noch vereinzelt in Kirchen und in Universitätsvierteln. In Tschenschow, wo das nationale Heiligtum der Polen, die „Schwarze Madonna“ steht, kann man neben unzähligen Papstfotos auch kleine Fähnchen mit der Aufschrift „Solidarność zyje“ neben dem Altar unter dem Bildnis der Schwarzen Madonna sehen.

Neben Arbeiterschaft und Kirche sind die Studenten ein Hort des Kampfes um grundlegende Menschenrechte. „Weißt du, warum der Adler nach Westen schaut? — Damit er nicht sieht, was uns der Osten klaut!“ Mit diesen Worten gab mir ein Krakauer Student sein streng verbotenes Abzeichen. Es zeigt den polnischen Adler mit einer Krone. Die Krone ist aus dem polnischen Staatswappen seit der kommunistischen Machtergreifung verschwunden. Kleine schwarze Kreuze mit dem gekrönten polnischen Adler werden aus Protest gerne getragen.

Bei Aktionen, die die Mithilfe aller erfordern, können sich die Aktivisten auf die volle Unterstützung ihrer Kommilitonen verlassen. So erinnern die Studenten an jedem 13. Dezember auf ihre Weise auf die Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981. In bestimmten Zimmern wird um Mitternacht das Licht eingeschaltet, so daß ein weithin sichtbares, leuchtendes Kreuz entsteht.

Durch die Freilassung Zbigniew Bujaks glauben wieder viele an ein Wiedererstarken der Solidarność. Der Kampf um mehr Menschenrechte in Polen kann jederzeit wieder aufflackern. Zu stark ist die katholische Kirche und der westliche Einfluß (viele Polen haben Verwandte und Bekannte in den USA), als daß das kommunistische Regime berechtigt vermelden kann, die „Solidarność“ und deren Ideen seien tot.

CSSR: Sein oder Nichtsein

„Wer für die Kirche arbeitet, macht viel. Mehr ist es, für sie zu leben, am meisten, für das Reich Gottes zu leiden. Wir in der CSSR sind mit all dem konfrontiert.“ Mit diesen Worten macht der Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek Tomasek, klar, wie die Situation an der katholischen Kirche in seinem Land einzuschätzen sei. Die katholische Kirche sei sicherlich die größte Gruppe unter den Regimekritikern, meint der Kardinal. Ohne große Formalitäten ist er bereit, Besucher aus dem Westen in seinem Erzbischöflichen Palais am Hradschiner Platz zu empfangen. Der 87jährige Mann zeigt kein Zeichen von Resignation, trotz der vielen Sorgen, die ihn bewegen. Drei Bischöfe

gebe es derzeit für rund dreizehn Diözesen, nicht aus Mangel an geistigem Nachwuchs, sondern weil der Staat nicht jene Priester für das Amt zulasse, die die Kirche wünsche. Der Einfluß der dem Kommunismus angegliederten Priesterorganisation „Pacem in terris“ sei im Schwinden und liege bei fünf Prozent der Priesterschaft.

Seine Hoffnung legt Tomasek in die tschechische Jugend. Immer mehr Jugendliche engagieren sich offen für ihren Glauben. „Die Partei ist sehr besorgt“, kommentiert er die neue Aufbruchstimmung nicht ohne ein verschmitztes Lächeln.

In den nächsten Jahren gehe es in der CSSR um Sein oder Nichtsein für die katholische Kirche. Es herrsche sogar schon Not an Bibeln. Publikationsmöglichkeiten gibt es für uns keine, meint Kardinal Tomasek. Während des Gesprächs bei heiklen Aussagen schaltet Tomasek ein Transistorradio ein.

„Eigentlich sprechen wir hier öffentlich“, sagt er, die Wände anblickend, die bei unserem Gespräch mitgehört hätten.

Einmischung in innere Angelegenheiten

In allen Oststaaten erklärten mir gut geschulte kommunistische Jugendfunktionäre monoton, daß es keine Menschenrechtsverletzungen gebe. Rumänien und Bulgarien leugnen Probleme mit ethnischen Minderheiten genauso, wie polnische und tschechische junge Kommunisten, daß es Probleme mit der Katholischen Kirche gebe.

Allzu kritisches Hinterfragen wird mit einem freundlichen — jedoch sehr bestimmten — Hinweis auf eine Einmischung in rein innere Angelegenheiten beantwortet.

„Je mehr der Westen an uns denkt, je öfter politisch Interessierte aus dem Westen zu uns kommen, umso eher hat der Westen das Recht, über unsere Situation Klage zu führen und umso eher wird bei uns den Menschenrechten zum Durchbruch verholfen“, charakterisierte Kardinal Frantisek Tomasek die Frage der Menschenrechte im Ostblock. Ein Auftrag für jeden Österreicher, den es gilt, in die Tat umzusetzen!